



**giz** Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH  
Postfach 5180 • 65726 Eschborn

Bundesministerium für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung  
Referat: 211  
Dahlmannstraße 4  
53113 Bonn

Auftragsverantwortliche(r)

§ 5 IFG

Ansprechperson

§ 5 IFG

per E-Mail an:

Projektführendes Ref.: 211  
Referat(e): 105  
Sektorreferat(e): 400, 401, 402

Datum: 21. Jan. 2019

Auswärtiges Amt  
Referat: 321

Deutsche Auslandsvertretung in Yaoundé, Kamerun

**Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Kamerun  
Änderungsvorschlag  
Für die Maßnahme: Modernisierung des Personenstandswesens**

**Projektnummer: 2017.2020.0**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zusammen mit diesem Schreiben erhalten Sie den Änderungsvorschlag zur oben genannten Maßnahme mit der Bitte um entsprechende Beauftragung.

Mit freundlichen Grüßen

§ 5 IFG

N

§ 5 IFG

Anlage

# Angebotsänderung: Formblatt mit Begründung

Änderungsvorschlag für das Vorhaben Modernisierung des Personanstandswesens

**Projektnummer:** 2017.2020.0

Zum o.a. TZ-Modul bitten wir hiermit um die Zustimmung zu den folgenden Änderungen:

Anlass	Anlage
<input checked="" type="checkbox"/> Änderung des politischen Trägers	geänderter Modulvorschlag <sup>1</sup> in der Anlage
<input type="checkbox"/> Änderung des Modulziels	geänderter Modulvorschlag in der Anlage
<input type="checkbox"/> Änderung der Modulziel-Indikatoren und/oder deren Zielwerte	aktualisierte Wirkungsmatrix
<input type="checkbox"/> Änderung der Outputs	aktualisierte Wirkungsmatrix
<input type="checkbox"/> Kombifinanzierung	geänderter Modulvorschlag in der Anlage Anlage zum (Änderungs-)Angebot mit Kombifinanzierung
<input checked="" type="checkbox"/> Laufzeitveränderung bis max. vier Jahre Gesamtlaufzeit	keine Anlage
<input type="checkbox"/> Laufzeitveränderung über vier Jahre Gesamtlaufzeit <sup>2</sup> <div> <input type="checkbox"/> Kombi- oder Kofinanzierung zur Berücksichtigung der Laufzeit(en) des/der Drittmittelgeber/s                 <input type="checkbox"/> Es handelt sich um ein reines Fondsvorhaben                 <input type="checkbox"/> Es gibt eine Vereinbarung mit der Partnerregierung zur Beendigung der Förderung                 <input type="checkbox"/> Es liegt eine Genehmigung des titelverwaltenden BMZ-Referats zur Einreichung einer Änderungsvorlage vor             </div>	keine Anlage          Genehmigung des titelverwaltenden BMZ-Referats in der Anlage
<input type="checkbox"/> Aufstockung von BMZ-Mitteln i.d.R. bei gleichzeitigem Vorliegen eines anderen o.a. Anlasses	geänderte Kostenschätzung in der Anlage
<input type="checkbox"/> Aufstockung von BMZ-Mitteln (um mehr als 30.000 EUR) aufgrund von Eintreffen eines Ausnahmetatbestandes Überschreitung der Preisobergrenze	geänderte Kostenschätzung in Anlage, Verweis auf vorausgegangene Sonderberichterstattung

## Begründung

<sup>1</sup> Zu einem geänderten Modulvorschlag gehören alle Anlagen (Wirkungsmatrix, Kostenschätzung, Wirkungslogik, Kosten-Output-Zuordnung, ggfl. die aktualisierten Versionen)

<sup>2</sup> Module haben i.d.R. eine Laufzeit von drei Jahren. Eine Verlängerung um max. ein Jahr ist bei einer Gesamtlaufzeit von max. vier Jahren möglich. Über vier Jahre hinaus ist nur in den folgenden Fällen eine Verlängerung möglich: 1.) Kombi- und Kofinanzierungen zur Berücksichtigung der Laufzeit(en) des/der Drittmittelgeber; 2.) reine Fondsvorhaben und 3.) mit der Partnerregierung vereinbarte Beendigung der Förderung. Für andere Fälle von Laufzeitverlängerungen über vier Jahre ist zur Genehmigung der Einreichung einer Änderungsvorlage eine Begründung durch das projektführende BMZ-Referat (Unterstützung durch DO) an den Titelverwalter nötig.

# Angebotsänderung: Formblatt mit Begründung

## Projektnummer: 2017.2020.0

### **Begründung für die notwendige Veränderung:**

Das Vorhaben wurde mit einer Laufzeit von 3 Jahren und Laufzeitbeginn 10/2017 angeboten. Im Auftragschreiben ist erwähnt, dass eine Durchführung von Maßnahmen im Partnerland vor Abschluss der völkerrechtlichen Vereinbarung nicht gestattet ist. Die völkerrechtliche Vereinbarung kam am 03. Juli 2018 zustande, wodurch sich der Durchführungsbeginn auf Juli 2018 verschoben hat.

Um die ursprünglich angebotene und für die Erreichung der formulierten Ziele erforderliche Laufzeit von 3 Jahren wieder herzustellen, schlagen wir eine auftragswertneutrale Laufzeitverlängerung des Vorhabens bis 30.06.2021 vor.

Weiterhin hat eine Änderung des Trägerministeriums stattgefunden. Per Präsidialdekret vom 02.03.2018 wurde der Bereich Dezentralisierung aus dem Ministerium für Territorialverwaltung und Dezentralisierung (MINATD) herausgelöst (neu MINAT) und das Ministerium für Dezentralisierung und Lokale Entwicklung (*Ministère de la Décentralisation et du Développement Local*, MINDDEVEL) etabliert. Dieses hat in Folge die Partner- und Aufsichtsfunktion für das Vorhaben übernommen.

### **Veränderung:**

Auftragswertneutrale Laufzeitverlängerung bis 30.06.2021

Neues Trägerministerium: Ministerium für Dezentralisierung und Lokale Entwicklung (*Ministère de la Décentralisation et du Développement Local*, MINDDEVEL)

### **Erwartete Auswirkungen:**

Die Verlängerung ermöglicht es, die Maßnahmen wie geplant umzusetzen und die angestrebten Ziele zu erreichen.

Der politische Träger *Ministère de la Décentralisation et du Développement Local* erhält mit der Auftragserteilung das Recht, die an ihn zu erbringenden Leistungen unmittelbar von der GIZ zu verlangen. Die GIZ und der politische Träger werden die Einzelheiten in einem Durchführungsvertrag regeln. Das BMZ kann seine Rechte aus dem Auftrag, insbesondere diejenigen nach dem Generalvertrag, ohne Zustimmung des politischen Trägers ausüben.

**EZ-Programm:**      **Good Governance und Dezentralisierung in Kamerun**

**TZ-Maßnahme:**      **Modernisierung des Personenstandswesens, PN: 2017.2020.0**

Vorlage eines Wiederholungsangebots für eine TZ-Maßnahme

zum Angebotsschätzpreis von bis zu 5.000.000 EUR;

ersetzt unser Angebot vom 13.02.2017

Förderbereichskategorie: 15110 (60%); 13010 (20%); 15150 (10%); 15112 (10%);

DAC- und BMZ-Kennungen

GG (Gleichberechtigung der Geschlechter):	1
PD/GG (Partizipative Entwicklung/gute Regierungsführung):	2
RMNCH (Reproduktiven-, Mütter-, Neugeborenen- und Kindergesundheit):	1
UR (Umwelt- und Ressourcenschutz):	0
TD (Handelsentwicklung):	-
DES (Desertifikationsbekämpfung):	0
KLM (Klimawandel, Minderung von Treibhausgasen):	0
KLA (Anpassung an den Klimawandel):	0
BTR (Biodiversitätskonvention):	0
PBA (Programmbasierte Ansätze):	0
AO (Armutsorientierung):	1
FS (Frieden und Sicherheit):	0
LE (Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung):	0

Es handelt sich um eine **neue** TZ-Maßnahme; Teile des deutschen Beitrags sollen an Auftragnehmer vergeben werden.

Die im Angebot dargestellte TZ-Maßnahme und ihre Förderung entsprechen nach Prüfung alternativer Möglichkeiten der günstigsten Relation zwischen verfolgtem Zweck der TZ-Maßnahme und einzusetzenden Mitteln.



## **Inhalt**

<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>3</b>
<b>B.1 Kurzbeschreibung</b>	<b>4</b>
<b>B.2 Problem- und Potenzialanalyse (bezogen auf die EZ-Maßnahme)</b>	<b>4</b>
<b>B.3 Darstellung der TZ-Maßnahme</b>	<b>7</b>
<b>B.3.1 Ziele und Indikatoren</b>	<b>7</b>
<b>B.3.2 Zielgruppen und andere Beteiligte</b>	<b>8</b>
<b>B.3.3 Träger- und Partnerstruktur</b>	<b>9</b>
<b>B.3.4 Gestaltung der TZ-Maßnahme</b>	<b>10</b>
B.3.4.1 Methodischer Ansatz und Instrumenteneinsatz	10
B.3.4.2 Public Private Partnership (PPP)	14
B.3.4.3 Zusammenwirken mit anderen Entwicklungsprogrammen im Kooperationsland	14
<b>B.3.5 Gesamtkosten, Auftragswert, Partnerleistungen, Kombifinanzierung, Laufzeit/Zeitplan</b>	<b>16</b>
B.3.5.1 Auftragswert	16
B.3.5.2 Partnerleistungen	16
B.3.5.3 Kombifinanzierungen	16
B.3.5.4 Laufzeit	16
<b>B.3.6 Wirkungen und Risiken der TZ-Maßnahme</b>	<b>16</b>
B.3.6.1 Gesamtwirtschaftliche, sozioökonomische, soziokulturelle, politische und ökologische Betrachtung	16
B.3.6.2 Entwicklungspolitische Wirksamkeit auf Ebene der TZ-Maßnahme	17
B.3.6.3 Bewertung von Risiken	18
<b>B.3.7 Testat</b>	<b>20</b>

## **Anlagen**

Kostenschätzung und Mittelabfluss nach Haushaltsjahren

Wirkungsmatrix

## Abkürzungsverzeichnis

<b>APAI-CRVS</b>	<i>African Programme on Accelerated Improvement of Civil Registration and Vital Statistics</i> Afrikanisches Programm zur beschleunigten Verbesserung des Personenstandswesen und der Bevölkerungsstatistik
<b>BUNEC</b>	<i>Bureau National de l'État Civil</i> Nationale Personenstandsbehörde
<b>CECP</b>	<i>Centre d'état-civil principal</i> Bürgerbüro für Personenstandswesen auf Kommunalebene
<b>CECS</b>	<i>Centre d'état-civil secondaire</i> Servicestelle für Personenstandswesen unterhalb der Gemeinde-Ebene
<b>DAP</b>	<i>Direction des Affaires Politiques (MINDDEVEL)</i> Abteilung für Politische Angelegenheiten im MINATD
<b>DSCE</b>	<i>Document de Stratégie de Croissance et de l'Emploi</i> Strategiedokument für Wachstum und Beschäftigung
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>IKT</b>	Informations- und Kommunikations-Technologie
<b>MINDDEVEL</b>	<i>Ministère de la Décentralisation et du Développement Local</i> Ministerium für Dezentralisierung und lokale Entwicklung
<b>PRE2C</b>	<i>Programme de Réhabilitation de l'état civil au Cameroun</i> Programm zur Rehabilitierung des Personenstandswesen in Kamerun
<b>UNICEF</b>	<i>United Nations Childrens Fund</i> Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen

## B.1 Kurzbeschreibung „Modernisierung des Personenstandswesens in Kamerun“

Die Initiative *African Programme on Accelerated Improvement of Civil Registration* (APAI-CRVS) der Afrikanischen Union rückt seit 2009 das Personenstandswesen als grundlegende Regierungsaufgabe in den Fokus staatlichen Handelns. Die kamerunische Regierung sieht in diesem Sinn eine Erfassung der Bevölkerung als unerlässlich für eine inklusive Entwicklungsplanung und die Umsetzung der nationalen Strategie für Wachstum und Beschäftigung an und misst dem Thema aufgrund der Sicherheitslage sowie der Flüchtlingsproblematik zunehmend Bedeutung bei.

Mit der Modernisierung des Personenstandswesens hat Kamerun im Jahr 2009 begonnen, ab 2011 im Rahmen des „Programms zur Rehabilitation des Personenstandswesens“ (*Programme de Réhabilitation de l'état civil*, PRE2C). Für das Personenstandswesen ist in Kamerun auf zentraler Ebene im **Ministerium für Dezentralisierung und lokale Entwicklung (MINDDEVEL)** das Direktorat für politische Angelegenheiten (*Direction des Affaires Politique*, DAP) zuständig. Die im Jahr 2015 eingerichtete, nachgeordnete Nationale Behörde für das Personenstandswesen (*Bureau National État Civil*, BUNEC) soll die Umsetzung der nationalen Reform unterstützen. Wichtige Akteure für die lokale Dienstleistungserbringung im Personenstandswesen sind die kommunalen Verwaltungen. Bisher werden manuell Register geführt und Urkunden ausgegeben, die erhebliche qualitative Schwächen aufweisen, sich zum Teil in sehr schlechtem Erhaltungszustand befinden oder gar nicht auffindbar sind. Es werden bei Weitem nicht alle Menschen und wichtigen Lebensereignisse erfasst. Die von den Vereinten Nationen empfohlenen Standards für zivile Registrierungssysteme, nämlich die fortlaufende, verpflichtende, permanente und universelle Erfassung von Personenstandsdaten, sind nicht erfüllt. Durch die fehlende Digitalisierung wird auch die statistische Funktion des Personenstandswesens noch nicht erreicht. Das **Ministerium für Dezentralisierung und lokale Entwicklung**, die nationale Personenstandsbehörde und ausgewählte Kommunen sind noch nicht in der Lage, die Umsetzung eines inklusiven und rechenschaftspflichtigen Systems für Personenstandswesen und Bevölkerungsstatistik zu gewährleisten (Kernproblem).

Das Modulziel lautet: Das **Ministerium für Dezentralisierung und lokale Entwicklung**, die nationale Personenstandsbehörde und ausgewählte Kommunen sind in der Lage, die Umsetzung eines inklusiven und rechenschaftspflichtigen Systems für Personenstandswesen und Bevölkerungsstatistik zu gewährleisten.

Das Vorhaben ist der Region Nord sowie in der englischsprachigen Region Süd-West in auszuwählenden Kommunen pilothaft tätig, hat aber Auswirkungen auf landesweiter Ebene.

Die Maßnahme gliedert sich in drei Handlungsfelder: 1) Verbesserung der Kapazität von BUNEC zur Umsetzung eines rechenschaftspflichtigen Personenstandswesens und Bevölkerungsstatistik auf zentraler Ebene, 2) Pilotierung von Reformmaßnahmen in ausgewählten Regionen, 3) Förderung des zivilgesellschaftlichen Dialogs und der Sensibilisierung der Bevölkerung hinsichtlich der mit Personenstand verbundenen Rechte und Pflichten.

Das Vorhaben hat eine Laufzeit von 10/2017 bis **06/2021** (3 Jahre **und 9 Monate**) mit Kosten des deutschen TZ-Beitrags von bis zu 5.000.000 EUR.



## B.2 Problem- und Potenzialanalyse (bezogen auf die EZ-Maßnahme)

Kamerun ist ein Land mit niedrigem durchschnittlichem Einkommen. Im Vergleich zu seinen Nachbarn Nigeria, dem Tschad oder der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) gilt es als politisch relativ stabil, gleichzeitig ist es jedoch wirtschaftlich gespalten in einen stärker entwickelten Süden und einen weniger entwickelten Norden. Laut des *Human Development Reports* 2015 leben 27,6% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze von 1,25 USD am Tag. Kamerun ist Aufnahmeland für etwa 300.000 Flüchtlinge und Migranten aus den Nachbarländern ZAR und Nigeria. Vor allem in der Provinz Extremer Norden (*Extrême-Nord*) gibt es vermehrt Selbstmordattentate und gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Boko Haram und dem kamerunischen Militär. Die kamerunische Regierung hat ihre Vision, bis 2035 eine Entwicklung zum Schwellenland zu durchlaufen, in der nationalen Strategie für Wachstum und Beschäftigung (*Document de Stratégie pour la Croissance et l'Emploi*, DSCE) festgelegt. Diese Vision sieht drei strategische Schwerpunkte vor: Wachstum, Beschäftigung und Governance/ strategische Regierungsführung. Die Gleichberechtigung der Geschlechter wird ebenfalls angestrebt. Die Erfassung der Bevölkerung als Basis einer verlässlichen Bevölkerungsstatistik wird als unerlässlich für eine inklusive Entwicklungsplanung angesehen. Das Personenstandswesen hat u.a. auch aufgrund der Sicherheitslage sowie der Flüchtlingsproblematik in der Wahrnehmung der Regierung stark an Bedeutung gewonnen.

Die Initiative *African Programme on Accelerated Improvement of Civil Registration* (APAI-CRVS) der Afrikanischen Union rückt seit 2009 das Personenstandswesen als grundlegende Regierungsaufgabe in den Fokus staatlichen Handelns, wozu die Gewährleistung kontinuierlicher, permanenter, verpflichtender und universeller Registrierung von wichtigen Lebensereignissen wie Geburt, Ehe oder Tod (nach Definition der Vereinten Nationen) gehört. Die Geburtsurkunde bescheinigt die rechtliche Identität einer Person und ist damit Voraussetzung für Rechtsfähigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. In Kamerun sind circa 40% der Kinder unter 5 Jahren nicht im Geburtenregister erfasst. Zur Erfassungsquote der Ehe- und Sterbefälle liegen keine Daten vor. Die Registrierung von Todesfällen liegt nach Einschätzung der Nationalen Behörde für das Personenstandswesen (*Bureau National État Civil*, BUNEC) bei unter 10%. Mangelnde Qualität der Urkunden und eine hohe Anzahl von Falschurkunden, die nachträglich beanstandet oder nicht anerkannt werden, verschärfen die Situation. Ohne eine kontinuierliche quantitative und qualitative Erhebung und Verwertung der Daten des Personenstandswesens fehlt die Grundlage für die Bevölkerungsstatistik: Kamerun belegt auf einer Skala von 1-100 den Wert 56 für den Weltbankindikator zur statistischen Kapazität und liegt damit etwas unter dem Durchschnitt für Sub-Sahara-Afrika (Südafrika 81 Punkte).

Die kamerunische Regierung hat im Jahr 2009 mit der Modernisierung des Personenstandswesens begonnen, ab 2011 im Rahmen des durch Frankreich unterstützten „Programms zur Rehabilitation des Personenstandswesens“ (*Programme de Réhabilitation de l'état civil*, PRE2C). Zuständig ist auf zentraler Ebene die Abteilung für politische Angelegenheiten (*Direction des Affaires Politiques*, DAP) des Ministeriums für Dezentralisierung und lokale Entwicklung (MINDDEVEL) sowie das 2015 eingerichtete BUNEC. Wichtige Akteure für die lokale Dienstleistungserbringung im Personenstandswesen sind die kommunalen Verwaltungen. Dort werden in



manuellen Arbeitsabläufen Register geführt und Urkunden ausgegeben, die erhebliche Schwächen aufweisen. Die handgeschriebenen Register sind teilweise in sehr schlechtem Zustand (Verfall und fehlende Daten) und die jeweils geforderten Ausfertigungen sind häufig nicht identisch, was eine digitale Nacherfassung erschwert. Zudem sind nicht alle Register auffindbar. Die von den Vereinten Nationen empfohlenen Standards für zivile Registrierungssysteme, Personenstandsdaten fortlaufend, verpflichtend, permanent und universell zu erfassen, sind damit nicht erfüllt. Die Digitalisierung der bestehenden Daten sowie eine digitale Erfassung neuer Meldungen stehen noch aus. Die Voraussetzungen hierfür müssen erst noch geschaffen werden: der gesetzliche Rahmen sieht noch keine digitale Ersterfassung vor. Weder für die Erst- noch für die Nacherfassung liegt ein Masterplan vor.

Register werden durch die Kommunen händisch geführt und nicht nachhaltig archiviert. Es mangelt den kommunalen Diensten an Leistungsfähigkeit sowohl hinsichtlich personeller Kapazitäten als auch unzureichender materieller Ausstattung. Nicht alle Kommunen beziehen ihre Registerbücher aus der staatlichen Druckerei, daher werden die wenigen vorgegebenen Standards zu manuellen Erfassung der Daten nicht eingehalten. Eine Aufsicht über Verfahren und Qualität findet kaum statt. Das **Ministerium für Dezentralisierung und lokale Entwicklung**, die nationale Personenstandsbehörde und ausgewählte Kommunen sind noch nicht in der Lage, die Umsetzung eines inklusiven und rechenschaftspflichtigen Systems für Personenstandswesen und Bevölkerungsstatistik zu gewährleisten (**Kernproblem**).

Die **Ursachen** dafür sind vielfältig. Mangelndes Bewusstsein über den Nutzen von Personendokumenten bzw. den Rechten und Pflichten, die mit ziviler Registrierung einhergehen, führt zu geringer Nachfrage. Die schlechte Erreichbarkeit der Bürgerämter im ländlichen Raum sowie zusätzliche Kosten durch nicht korrekt bearbeitete Antragsverfahren und Anreise stellen zusätzliche Hürden dar. Das Verwaltungssystem ist einerseits gekennzeichnet durch Überregulierung und Intransparenz, andererseits fehlt es an einer übergreifenden (digitalen) Systemarchitektur, die die Verifizierung und Verwertung von Daten möglich machte. BUNEC ist noch nicht voll funktionsfähig. Der rechtliche Rahmen weist noch Lücken auf, insbesondere hinsichtlich der Digitalisierung des Systems und der hierfür notwendigen Regulierungen. Das zuständige Personal auf den verschiedenen Verwaltungsebenen ist noch nicht ausreichend qualifiziert, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden.

**Negative Wirkungen:** Eine fehlende Registrierung von Geburten verstärkt die Exklusion marginalisierter Bevölkerungsgruppen. Das Problem wird zudem häufig von einer Generation zur nächsten weitergegeben, zumal sich ein erschwerter Zugang zum Personenstandswesen und andere Faktoren, wie Armut, geringe Bildung, Missachtung von Menschenrechten etc. wechselseitig verstärken. Mädchen und Frauen sind von der Problematik besonders betroffen, denn ohne die Registrierung von Geburt und Ehe haben sie kaum Möglichkeiten, ihre Rechte einzufordern und sind Missbrauch stärker ausgeliefert (z.B. im Hinblick auf Ehefähigkeitsalter und Rechte in der Ehe, nach dem Tod des Partners oder im Trennungsfall). Das Fehlen belastbarer Bevölkerungsdaten erschwert demographische Prognosen und Planung, Monitoring und Evaluierung von Entwicklungsprogrammen und hemmt inklusives Wachstum.



**Potenzial** bietet die 2030 Entwicklungsagenda, die auf globaler Ebene zu einer erhöhten Finanzierungsbereitschaft für die Modernisierung des Personenstandswesens und Bevölkerungsstatistik geführt hat. Das APAI-CRVS gibt Handlungsempfehlungen für die Reform, die sich an regionalen Bedarfen orientiert. Im Februar 2015 wurden in der Yamoussoukro-Deklaration u.a. folgende Schwerpunkte der Reform benannt: 1) nachhaltige Kapazitätsentwicklung, 2) die Inklusion von besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen, 3) die Einführung von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), sowie 4) die Verbesserung der Dienstleistungserbringung und Sicherung der Anschlussfähigkeit an nationale Identitätssysteme. In Kamerun besteht dazu ein beträchtlicher Reformdruck und -wille. Erste wichtige Änderungen bezüglich der Organisation des Personenstandswesens und der Prozesse und Fristen wurden durch das Gesetz 2011/011 eingebracht.

### **B.3 Darstellung der TZ-Maßnahme**

Es handelt sich um ein neues TZ-Modul im Programm Gute Regierungsführung und Dezentralisierung in Kamerun. Es baut auf den Erfahrungen des Programms zur Unterstützung der Dezentralisierung und lokalen Entwicklung (PN 2010.2034.6) auf. Gewählt wird ein auf zentralstaatlicher Ebene verankerter, sektoraler Reformansatz. Um die in Pilotregionen getesteten Ansätze erfolgreich in die Breite zu tragen, ist absehbar, dass über das vorliegende Vorhaben (Laufzeit und Mittelausstattung) hinaus Unterstützungsbedarf besteht.

#### **B.3.1 Ziele und Indikatoren**

##### **Modulziel**

Das **Ministerium für Dezentralisierung und lokale Entwicklung**, die nationale Personenstandsbehörde und ausgewählte Kommunen sind in der Lage, die Umsetzung eines inklusiven und rechenschaftspflichtigen Systems für Personenstandswesen und Bevölkerungsstatistik zu gewährleisten.

##### **Indikatoren**

1. Die Strategie des **Ministeriums für Dezentralisierung und lokale Entwicklung** zur Ausgestaltung eines Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)-basierten Personenstandswesens und Bevölkerungsstatistik berücksichtigt die Prinzipien der a) Interoperabilität, des b) Datenschutzes / der Informationsfreiheit und der c) Inklusion / Gleichberechtigung berücksichtigt sind.

Basiswert: 0, Zielwert: Strategie mit spezifizierten Inhalten und Empfehlungen, Quelle: Dokumentation Prozessdesign und Protokolle und Ergebnisse der Workshops und Gesprächsrunden, entsprechende Abschnitte im Strategiedokument, Auswertung der Empfehlungen.

2. x gendersensible Handreichungen und Instrumente sowie y Budgetpläne für die Umsetzung der Reform des Personenstandswesens und der Bevölkerungsstatistik wurden von der nationalen Personenstandsbehörde (BUNEC) zur Verbreitung abgenommen.

Basiswert: 0, Zielwert: x Handreichungen und Instrumente und y Budgetpläne, Quelle: Dokumentation und Analyse der Handreichungen, Instrumente und Budgetpläne; Dokumentation der Abnahme durch BUNEC.

3. In n Pilotkommunen des Vorhabens hat sich die Anzahl der in den Registern erfassten Geburten von Kindern unter 5 Jahren, Ehen und Sterbefälle um durchschnittlich x%, y% bzw. z% gesteigert.

Basiswert: a = Geburtenregistrierungsrate, b = Eheregistrierungsrate und c = Rate der Registrierung von Todesfällen in n Pilotkommunen. Zielwert: a + x% Geburtsurkunden, b + y% Eheurkunden, c + z% Sterbeurkunden, n Pilotkommunen, Quelle: Daten des BUNEC, repräsentative Stichprobe.

4. In x Pilotkommunen des Vorhabens bestätigen durchschnittlich 60% von z befragten Bürgerinnen und Bürgern (Zielgruppen disaggregiert nach Geschlecht, Alter, Beruf), dass sich ihr Zugang zu Personenstandsurkunden vereinfacht hat.

Basiswert: y% von z befragten Bürgerinnen und Bürger in x Pilotkommunen, Zielwert: 60% von z befragten Bürgerinnen und Bürger in n Pilotkommunen, Quelle: Zufriedenheitsabfrage an den Servicestellen entlang definierter Kriterien (z.B. Information über beizubringende Dokumente, Zeit und Kosten). Repräsentative Stichprobe.

Die Wertbestückung der Indikatoren erfolgt mit dem ersten Fortschrittsbericht.

### **B.3.2 Zielgruppen und andere Beteiligte**

Zielgruppe des Vorhabens ist die gesamte Bevölkerung Kameruns. In Kamerun sind im Landesdurchschnitt schätzungsweise 40% der Kinder unter fünf Jahren (ca. 1.500.000 Kinder) nicht im Geburtenregister erfasst, dies betrifft Mädchen und Jungen gleichermaßen. Über den Anteil Erwachsener, welche weder Geburtsurkunde noch Identitätsnachweis besitzen, liegen keine gesicherten Daten vor. Betroffen sind jedoch vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten. Das Vorhaben trägt dazu bei, in noch auszuwählenden Kommunen in zwei Regionen (Nord und Süd-West, je ca. 1,3 Millionen Einwohner) die Inklusion verschiedener Bevölkerungsgruppen bei der zivilen Registrierung zu pilotieren und diese Erfahrungen für eine breitenwirksame Umsetzung aufzubereiten und damit der Gesamtbevölkerung (ca. 23 Millionen) zugutekommen zu lassen. Bei der Registrierung von Personenstandsdaten und der Nachfrage nach Urkunden kommt Frauen eine zentrale Rolle zu. Mütter sind in der Regel nach der Geburt in der entscheidenden Frist zur Ausstellung einer Geburtsurkunde bei ihrem Kind. Sie haben eine wichtige Rolle in der Kindererziehung und der Übermittlung von Informationen im familiären und sozialen Umfeld. In Kamerun nehmen Frauen jedoch aufgrund von Diskriminierungen und vorherrschenden Vorstellungen von Geschlechterrollen diese Rolle nur eingeschränkt wahr. Das Vorhaben wirkt gezielt darauf hin, Frauen direkt anzusprechen und durch Aufklärungsarbeit das Bewusstsein über Rechte und Privilegien, die mit der Registrierung verbunden sind zu stärken.

Andere Beteiligte sind zivilgesellschaftliche Organisationen, insbesondere auf lokaler Ebene, jedoch auch im Rahmen des zivilgesellschaftlichen Dialogs auf nationaler Ebene. Hierzu zählen Kinderrechts- und Rechtsschutzorganisationen, Frauenorganisationen, religiöse Einrichtungen sowie Vertretungen von ethnischen und religiösen Minderheiten. Die *Association Camerounaise*



des *Femmes Juristes* ist eine der wenigen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die landesweit vertreten ist und sich für die Rechte von Frauen, für den Schutz persönlicher Daten und für die Verbesserung des rechtlichen Rahmens für das Personenstandswesen einsetzt.

### B.3.3 Träger- und Partnerstruktur

Politischer Träger des Programms ist das **Ministerium für Dezentralisierung und lokale Entwicklung, MINDDEVEL**.

Der politische Träger erhält mit der Auftragserteilung das Recht, die an ihn zu erbringenden Leistungen unmittelbar von der GIZ zu verlangen. Die GIZ und der politische Träger werden die Einzelheiten in einem Durchführungsvertrag regeln. Das BMZ kann seine Rechte aus dem Auftrag, insbesondere diejenigen nach dem Generalvertrag, ohne Zustimmung des politischen Trägers ausüben.

Das **MINDDEVEL** ist für die Steuerung der Reform des Personenstandswesens verantwortlich und hat die Aufsichtsfunktion über die Personenstandsbehörde BUNEC. Das Ministerium ist zuständig für die Ernennung der Standesbeamten (*officiers d'état civil*) und ihrer Sekretäre (*secrétaires d'état civil*) in den kommunalen Bürgerbüros (*centres d'état civil*). Innerhalb des **MINDDEVEL** arbeitet das Vorhaben primär mit der Abteilung für Politische Angelegenheiten (DAP) zusammen. Der zuständige Abteilungsleiter ist erst seit dem Frühjahr 2016 im Amt und signalisiert Offenheit und Interesse an einer Kooperation mit Deutschland. Die Entwicklung einer IKT-basierten Strategie für das Personenstandswesen erfordert die Koordinierung und Abstimmung mit anderen Sektorministerien. Inwieweit **MINDDEVEL** der Ausgleich von Interessen im Hinblick auf die Digitalisierung gelingen wird, kann noch nicht abgeschätzt werden. Wenn der politische Druck und die gegenwärtige Priorität der Reform bestehen bleiben, bestehen hierfür positivere Voraussetzungen.

Durchführungspartner des Vorhabens ist die BUNEC. Ihre Hauptaufgaben sind u.a. die (noch ausstehende) zentrale Archivierung von Personenstandsdaten, die Aufsicht über die *centres d'état civil* (*centres d'état civil principaux*, CECP und *centres d'état civil secondaires*, CECS), die Ausbildung der Beamt/innen sowie die Entwicklung von Normen und Standards. Der Generaldirektor wurde im Oktober 2015 benannt und wird derzeit von nur sechs Mitarbeiter/innen unterstützt. Die Kapazität und Handlungsfähigkeit der BUNEC sind derzeit noch sehr schwach ausgeprägt. Gleichzeitig steigen die Erwartungen an die Leistungsfähigkeit der Behörde exponentiell schneller als diese angemessene Kapazitäten aufbauen kann. Die Strategie, eine Struktur mit ca. 500 Mitarbeiter/innen aufzubauen, ist noch nicht ausgereift. Es ist unklar, welche Rollen und Aufgaben die Mitarbeiter/innen einnehmen sollen.

Für die Führung der Personenstandsregister sowie die Ausstellung von Personenstandsurkunden sind die kommunalen Verwaltungen zuständig. Neben den CECP in den 360 Kommunen und 14 *Communautés Urbaines* gibt es landesweit ca. 2.350 CECS, die die Erreichbarkeit in ländlichen Gebieten sicherstellen sollen. Das Vorhaben wird mit noch auszuwählenden Pilotkommunen in den zwei Regionen Nord und Süd-West zusammenarbeiten. Dabei ist eine enge Kooperation mit BUNEC vorgesehen, da die Ergebnisse der Pilotierung in den nationalen Strategieprozess einfließen.



Weitere Ministerien sind für einzelne relevante Aspekte des Vorhabens zuständig. Das Justizministerium garantiert die Echtheit der Urkunden und ist zuständig für die Ausstellung nachträglicher Geburtsurkunden (*jugement supplétif*) nach Ablauf der offiziellen Frist von 90 Tagen. Das Gesundheitsministerium ist für die Ausstellung von Geburts- und Sterbebescheinigungen durch Krankenhäuser und Gesundheitszentren (*Centres de Santé Intégré*) verantwortlich. Die Bescheinigungen müssen innerhalb von 30 Tagen an das nächste *centre d'état civil* weitergeleitet werden. Das Grundschulministerium ist für die Grundschulen zuständig. Diese sind im Rahmen von Aufklärungs- und Registrierungskampagnen zu Geburtsurkunden ein potenzieller wichtiger Kooperationspartner. Kinder ohne Geburtsurkunden können am Ende ihrer Grundschulausbildung kein Examen ablegen und sind damit vom weiteren Bildungsweg ausgeschlossen.

Das Frauenministerium arbeitet auf lokaler Ebene mit zahlreichen Frauenverbänden und Netzwerken zur Förderung der Frauen zusammen und ist potenzieller Partner für die Aufklärung zu mit dem Personenstand verbundenen Rechten von Frauen. Das Ministerium für soziale Angelegenheiten ist zuständig für die soziale Unterstützung von marginalisierten und benachteiligten Bevölkerungsgruppen sowie für den Schutz der Jugendlichen (Straßenkinder) und potenzieller Partner für die Schaffung von Anreizen für die Registrierung armer Bevölkerungsgruppen. Es wird im Laufe des Vorhabens geprüft, wie mit den genannten Ressorts zusammengearbeitet werden kann.

Die direkt dem Präsidenten untergeordnete Sicherheitsbehörde (*Délégation de la Sureté Nationale*) ist unter anderem für die Ausstellung der Personalausweise zuständig. Informationen zufolge ist die auf Personalausweisen basierende Datenbank die einzige digitale Datenbank. Aufgrund der angestrebten Verknüpfung der Datenbank der Personalausweise mit der zukünftigen Datenbank des Personenstandswesens ist die Sicherheitsbehörde ebenfalls potenzieller Kooperationspartner. Eine Abstimmung mit dem Nationalen Institut für Statistik wird ebenfalls angestrebt.

### **B.3.4 Gestaltung der TZ-Maßnahme**

#### **B.3.4.1 Methodischer Ansatz und Instrumenteneinsatz**

##### **Methodischer Ansatz**

Das Vorhaben ist ein neues TZ-Modul im Programm Gute Regierungsführung und Dezentralisierung. Teil A des Programmvorschlags wird aktuell unter Berücksichtigung der unterschiedlichen TZ- und FZ-Module entwickelt.

Übergeordnetes Ziel des Programms ist die Förderung guter Regierungsführung. Das vorliegende Vorhaben trägt hierzu bei, indem es MINDDEVEL, BUNEC und ausgewählte Kommunen dazu befähigt, die Umsetzung eines rechenschaftspflichtigen und inklusiven Systems für Personenstandswesen und Bevölkerungsstatistik zu gewährleisten. Das Vorhaben ist auf die Stärkung der Leistungsfähigkeit der die Dienstleistungen erbringenden institutionellen Akteure im Personenstandswesen (Angebotsseite) sowie auf die Zunahme der Inanspruchnahme der Dienstleistung durch die Bevölkerung (Nachfrageseite) ausgerichtet. Die Angebotsseite wird durch strategische Beratung sowie die Erhöhung der Handlungsfähigkeit der Schlüsselakteure gestärkt. Hierzu gehört u.a. die Ausarbeitung der Grundlagen für tragfähige IKT-Lösungen. Auf

der Nachfrageseite wird insbesondere darauf geachtet, den gleichberechtigten Zugang zu den Dienstleistungen des Personenstandswesens auch für ökonomisch schlechter gestellte Bevölkerungsgruppen und andere benachteiligte Gruppen zu gewährleisten. Die TZ-Maßnahme trägt somit unmittelbar und mittelbar zur Armutsminderung bei. Der Nachweis einer rechtlichen Identität bietet insbesondere armen Bevölkerungsschichten Zugang zu staatlichen Basisdienstleistungen sowie zu Mikrokrediten und Landtiteln.

Die Geschlechtergerechtigkeit wird durch die besondere Berücksichtigung von Frauen und Mädchen hinsichtlich ihres Zugangs zu Dienstleistungen und Aufklärung über mit dem Personenstand verbundenen Rechten (insbesondere in Ehe und Familie) gewährleistet. Das Vorhaben ist konfliktensibel konzipiert und nach dem *Do No Harm*-Prinzip ausgerichtet. Insbesondere Handlungsfeld 3 trägt dazu bei, dass die Belange unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Gruppen in die Ausgestaltung des Personenstandswesens in Kamerun mit einbezogen und so die jeweiligen Bedarfe adressiert werden können.

Verfolgt wird ein Mehrebenen- und Multiakteursansatz, der primär auf die nationale Politikgestaltung im Personenstandswesen sowie die Erarbeitung von Instrumenten (u.a. IKT) und Handreichungen für die zukünftige Umsetzung der Reform zielt. Auf Ebene der Politikgestaltung wird ein systemischer Reformansatz beraten, der auf in der Praxis erprobten Reformmaßnahmen beruht. Um den systemischen Ansatz abzubilden, gliedern sich die Maßnahmen in drei Handlungsfelder: Handlungsfeld 1 erarbeitet den strategischen Rahmen und zielt auf die Verbesserung der Kapazität von BUNEC zur Umsetzung eines rechenschaftspflichtigen Personenstandswesens und Bevölkerungsstatistik auf zentraler Ebene sowie die Schaffung von Voraussetzungen für Aufbau eines Ausbildungssystems für das Personal im Personenstandswesen. Um eine zügige und vor allem nachhaltige Umsetzung der in Handlungsfeld 1 erarbeiteten strategischen Optionen zu ermöglichen, werden diese in Handlungsfeld 2 in ausgewählten Kommunen pilotiert und weiterentwickelt. Handlungsfeld 3 zielt auf die Förderung des zivilgesellschaftlichen Dialogs und die Sensibilisierung der Bevölkerung hinsichtlich der mit Personenstand verbundenen Rechte und Pflichten. Die drei Handlungsfelder sind daher in Form iterativer Prozesse miteinander verzahnt. Die Fokussierung des Ansatzes erfolgt durch die Auswahl einer begrenzten Zahl von Pilotkommunen.

Die *Capacity-Development*-Strategie des Vorhabens umfasst Maßnahmen auf der Systemebene; dazu zählen die Politikberatung zur Entwicklung einer tragfähigen und praxistauglichen Reformstrategie für das Personenstandswesen sowie die Förderung eines zivilgesellschaftlichen Dialogs. Auf Organisationsebene werden die institutionellen Kapazitäten der BUNEC gestärkt, der Aufbau einer längerfristigen Personalentwicklungsstrategie sowie die Entwicklung von Instrumenten für die Umsetzung der Reformstrategie unterstützt. Auf individueller Ebene werden das Personal der BUNEC und Standesbeamte durch Trainings, Beratung und Supervision fortgebildet. Dabei werden unterschiedliche *Human Capacity Development*-Formate entwickelt.

**Handlungsfeld 1** zielt auf die Verbesserung der Kapazitäten von BUNEC zur Umsetzung eines rechenschaftspflichtigen Personenstandswesens und Bevölkerungsstatistik sowie den Aufbau eines Ausbildungssystems für das Personal im Personenstandswesen (Output A und C). Wäh-

rend das Ziel des Personenstandswesens (zuverlässige Personenstandsdaten) klar ist, verfügen weder **MINDDEVEL** noch BUNEC über ein Leitbild noch eine Mission, wie dieses Ziel möglichst effizient zu erreichen ist. Eine allgemeine Reformstrategie wurde inzwischen unter Einbeziehung nationaler und internationaler Akteure erarbeitet und durch das nationale Steuerungskomitee validiert. Die Beratungsleistung des Vorhabens setzt zunächst an der Erarbeitung von Beiträgen für die Umsetzung der Reformstrategie an, aus der sich u.a. die Kapazitätsbedarfe des BUNEC ableiten. Als formale Abstimmungsplattform steht hierfür das von **MINDDEVEL** geleitete Steuerungskomitee (*Comité de Pilotage*) zur Verfügung, an dem verschiedene Sektor-Ministerien und Geber beteiligt sind. Das Vorhaben unterstützt insbesondere die Erarbeitung einer Strategie für die angestrebte Digitalisierung des Personenstandswesens, die sowohl die Digitalisierung bereits bestehender Akten als auch die unmittelbare digitale Erfassung neuer Akten umfasst. Beide Prozesse sind unverzichtbare Bestandteile eines modernen Personenstandswesens, lassen sich jedoch zunächst nur getrennt voneinander vorantreiben, da sie unterschiedliche Ausgangspunkte haben und andere Herangehensweisen erfordern.

Die Sensibilisierung für strategische und operative Lösungen wird durch die Anwendung partizipativer Dialogformate wie Fachdialoge, Workshops, Studien und Studienreisen erreicht. Die Partner werden auf diese Weise zu Aspekten der Dateninteroperabilität, Datenschutz und Inklusion sowie zu notwendigen Anpassungen des regulativen Rahmens beraten. Die Digitalisierung des Personenstandswesens kann nur unter Beteiligung der Privatwirtschaft erfolgen. Dies ist ein mehrstufiges Verfahren, bei dem der Fokus zunächst auf der Verbesserung der vorwettbewerblichen Rahmenbedingungen liegt. Das Vorhaben unterstützt die Bestrebungen der kamerunischen Regierung in diesem Rahmen eng mit der Privatwirtschaft zu kooperieren und Partner für die Umsetzung der neuen Verfahren und Sondierung bereits vorhandener Lösung international, aber auch mit Blick auf die deutschen Erfahrungen, zu finden.

Zusätzlich wird auf institutioneller Ebene insbesondere der Aufbau der Aufsichtsfunktion von BUNEC zur Sicherung der Qualität und Authentizität von Personenstandsdokumenten gefördert. BUNEC wird hierzu bei der Erarbeitung von Handreichungen, Instrumenten und Budgetplänen zur Umsetzung der Reform beraten, deren Entwicklung und Anwendung in Kooperation mit ausgewählten Pilotkommunen erfolgt. Die in den Pilotkommunen erfolgreich getesteten Standards zu Organisations- und Verfahrensverbesserungen dienen BUNEC als Voraussetzung für die landesweite Verbreitung. Hierbei geht es nicht zuletzt darum, bestehende Prozesse der Erfassung von Personenstandsakten zu analysieren und künftige Prozesse so zu planen, dass sie durch intelligente Kommunikationstechnologien abgebildet werden können.

Auf institutioneller Ebene wird BUNEC bei der Erarbeitung eines Plans für den Aufbau einer strategischen Aus- und Weiterbildung für Fach- und Leitungsstellen im Personenstandswesen beraten. Dies wird durch die Erstellung von Bedarfsanalysen, Mandats- und Aufgabenklärung für BUNEC selbst sowie die Beratung hinsichtlich möglicher Kooperationen und Aufgabenteilung zwischen BUNEC und anderen relevanten Ausbildungsinstitutionen in Kamerun (zum Beispiel der *École Nationale de l'Administration* und dem *Centre de Formation pour l'Administration Municipale*) erreicht. Auf Basis erprobter Organisations- und Verfahrensverbesserungen in Pilotkommunen wird BUNEC konkret bei der Erarbeitung von Fortbildungs- und *Training-of-Trainers*-Modulen zur Einführung und Anwendung der Reformmaßnahmen unterstützt sowie beim

Aufbau eines Trainer-Pools. Auf individueller Ebene wird in den Pilotkommunen Personal in den genannten Verfahren geschult.

**Handlungsfeld 2** zielt auf die Erarbeitung und Pilotierung von Reformmaßnahmen in ausgewählten Kommunen (Output B) in den Regionen Süd-West und Nord, um iterativ zu den in Handlungsfeld 1 erarbeiteten strategischen Optionen zu gelangen. Schwerpunkt ist die operative Verbesserung von Kernprozessen in der Verwaltung als Voraussetzung für die nachhaltige und kontinuierliche digitale Erfassung und Archivierung von Daten zu Geburten, Ehe- und Sterbefällen sowie der Ausgabe entsprechender Urkunden. Dies wird durch die Erhebung und Vereinfachung von gegenwärtigen Abläufen sowohl innerhalb der Verwaltungen als auch in Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren erreicht, z.B. zwischen den primären (CECP) und sekundären Bürgerbüros (CECS) sowie Gesundheitseinrichtungen und religiösen Einrichtungen. Ziel ist es, langfristig kostengünstige Optionen für die verschiedenen Prozesse des Personenstandswesens zu identifizieren und über angepasste Dienstleistungsmodelle vor allem Frauen und marginalisierten Bevölkerungsgruppen den Zugang zu erleichtern (z.B. durch die Einführung mobiler Bürgerbüros). Die Modernisierung bestehender Bürgerbüros, insbesondere im Hinblick auf die Schaffung von besseren Voraussetzungen für Digitalisierung und sichere Archivierung sind ebenfalls Bestandteil der Reform. In den Interventionsregionen wirkt das Vorhaben auf die schrittweise Erprobung einer Digitalisierung der Personenstandsregister in je einer städtischen Kommune hin (siehe auch B.3.4.2). Hierzu gehört der Austausch bzw. die Verifizierung von Daten zwischen zentraler und lokaler Ebene. Relevante Erkenntnisse der Pilotierung bilden die Grundlage für die nachhaltige Implementierung der in Handlungsfeld 1 erarbeiteten Reformstrategie. Die Maßnahmen in Handlungsfeld 1 und 2 richten sich vor allem auf die Angebotsseite, dies bedarf parallel einer Erhöhung der Nachfrage, damit das neu zu schaffende System langfristige Wirkungen zeigen kann.

Daher stärkt **Handlungsfeld 3** die Nachfrageseite und zielt durch Förderung eines zivilgesellschaftlichen Dialogs auf die Sensibilisierung der Bevölkerung hinsichtlich der mit dem Personenstand verbundenen Rechte und Pflichten (Output D). Auf nationaler Ebene bietet die geplante Reform des Personen- und Familienrechts (*Code des personnes et de la famille*), welches für das Personenstandswesen von besonderer Bedeutung ist, eine Möglichkeit, über den zivilgesellschaftlichen Dialog auf die Verbesserung der rechtlichen Situation von Frauen hinzuwirken bzw. besser über die aktuelle Rechtslage aufzuklären. In den Pilotkommunen unterstützt das Vorhaben die Erarbeitung von an die soziokulturellen Besonderheiten der verschiedenen Regionen angepassten Sensibilisierungsmaßnahmen. Diese richten sich insbesondere an junge und /oder alleinstehende Mütter sowie an traditionelle und formelle Akteure (Dorfcheads, Hebammen, Personal formeller und informeller Gesundheitsstationen, Lehrer). Dafür werden die entsprechenden Netzwerke mit zivilgesellschaftlichen Akteuren aufgebaut und Informationsformate entwickelt. Um Synergien zwischen Handlungsfeld 2 und 3 zu nutzen ist geplant, eine Kooperation zwischen den lokalen Bürgerbüros und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Rahmen gemeinsamer Aufklärungs- und Registrierungskampagnen zu fördern.



### **Instrumenteneinsatz**

Die Beratungsleistungen des Vorhabens werden durch zwei internationale und sieben nationale Langzeitfachkräfte (LZF) sowie eine SFF-finanzierte integrierte Fachkraft erbracht. Dazu kommen bei Bedarf internationale, regionale und nationale Kurzzeitexperten/innen.

Die/der Auftragsverantwortliche (AV) übernimmt die Steuerung des Vorhabens, inkl. Teamleitung, Wirkungsmonitoring und Berichterstattung an den Auftraggeber. Er/ sie ist für die Beratung der nationalen Partner hauptverantwortlich tätig, koordiniert Kurzeiteinsätze und stellt die Kohärenz von Gesamtkonzept und *Capacity-Development*-Strategie sicher. Für Qualitätssicherung und Aufgaben der Koordinierung und Abstimmung mit anderen Maßnahmen der deutschen EZ und anderer Geber im Sektor ist die auf Programmebene angesiedelte Fachkoordination, unterstützt durch das Team für Finanzmanagement und die nationale LZF für Wissensmanagement, verantwortlich. Die Finanzierung erfolgt anteilig durch die TZ-Maßnahmen im Schwerpunkt.

Zwei nationale Fachkräfte unterstützen insbesondere bei der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, vier nationale Fachkräfte implementieren und pilotieren in den Interventionsregionen. Eine integrierte Fachkraft unterstützt voraussichtlich die Organisationsentwicklung und Geberkoordination in der nationalen Personenstandsbehörde (BUNEC).

Eine zweite internationale Langzeitfachkraft ist für die Umsetzung der Maßnahmen in Handlungsfeld 1, Output C (Aufbau eines Ausbildungssystems für das Personenstandswesen), zuständig. Unterstützt wird sie dabei von einer nationalen Fachkraft.

Es sind Sachgüterbeschaffungen in Form von Projektfahrzeugen, IT- und Büroausstattung sowie im Rahmen der Pilotierung Sachbeschaffungen zur Modernisierung der *centre d'état civil* vorgesehen. Wesentliches Element der Projektkonzeption ist eine enge Zusammenarbeit und ggf. auch eine Teilvergabe an die Privatwirtschaft (s. dazu 3.4.2). Von einem eigentlich sinnvollen EH-Einsatz im Bereich der Zivilgesellschaft wird abgesehen, weil die Europäische Union in diesem Bereich mit vier Millionen Euro tätig ist, so dass die Sichtbarkeit einer einzelnen EH-Stelle sehr gering wäre.

#### **B.3.4.2 Public Private Partnership (PPP)**

Die Privatwirtschaft verfügt über weitreichende Erfahrungen in den durch das Vorhaben zu bearbeitenden Themen und ist an Kooperationen interessiert. Ein hohes Potenzial zur Zusammenarbeit bietet z.B. die Nacherfassung bestehender Personenstandsakten. Die Formulierung einer Strategie zur digitalen Nacherfassung von Daten sowie der Pilotierung der Umsetzung dieser Strategie in den Kommunen der Interventionsregionen und der Austausch mit Praktikern sind erste Ansatzpunkte. Eine Konkretisierung wird im Laufe des ersten Halbjahres der Projektdurchführung erfolgen. Hinsichtlich der Ersterfassung von neuen Akten gibt es in der Privatwirtschaft ebenfalls Expertise, Möglichkeiten der Kooperation könnten sich hier vor allem im vorwettbewerblichen Raum hinsichtlich der Klärung der rechtlichen Rahmenbedingungen ergeben. Kennung: **PPP-1**.

#### **B.3.4.3 Zusammenwirken mit anderen Entwicklungsprogrammen im Kooperationsland**

Das Themenfeld ist von hoher Dynamik und Interesse verschiedener Geber gekennzeichnet. Eine formelle Geberkoordination besteht nicht. Die GIZ wird unter der Mehrzahl der Geber und Durchführungsorganisationen als Schnittstelle wahrgenommen und viele Informationen laufen hier zusammen.

Nach Beendigung des PRE2C wird die französische EZ voraussichtlich über die quasi-staatliche Implementierungsorganisation CIVIPOL im Personenstandswesen weiterhin tätig bleiben. Die genaue Ausrichtung der weiteren Unterstützung ist noch nicht bekannt. Teile der im Rahmen von PRE2C bereits entstandenen Produkte, beispielsweise zur Digitalisierung und Kodifizierung bestehender Archive, eignen sich für die Umsetzung in den Pilotkommunen des Vorhabens. Eine enge Abstimmung wird angestrebt.

Die Europäische Union wird voraussichtlich ab Ende 2017 unter dem Titel PROCIVIS (10 Mio. EUR) ein Programm zur Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Stärkung des Personenstandswesens starten. Es beinhaltet eine Komponente „Personenstandswesen“ über 6 Mio. EUR und eine Komponente „Zivilgesellschaft“ über 4 Mio. EUR. Auch hier liegt großes Potenzial für eine Zusammenarbeit, die weiter konkretisiert wird, sobald die EU-Programme begonnen wurden. UNICEF ist im Rahmen seiner Projekte vor allem im Norden Kameruns aktiv und führt dort Sensibilisierungsmaßnahmen durch, um den Anteil der neugeborenen Kinder mit Geburtsurkunden zu erhöhen. Eine Abstimmung erfolgt im Rahmen des Wissensaustauschs zu Sensibilisierungsmaßnahmen und Verfahren der Geburtenregistrierung.

Die Weltbank hat in Kamerun im Mai 2016 den Unterstützungsbedarf für ein ID4D (*Identification for Development*) Projekt mit ihrem Standard-Tool IMSA (*Identity Management System Analysis*) geprüft. Die Weltbank sieht einen Schwerpunkt ihres Engagements in der Kooperation mit dem Gesundheitssektor. Eine Entscheidung hinsichtlich der Ausgestaltung liegt noch nicht vor.

Eine enge Kooperation und Nutzung von Synergien wird mit dem TZ-Vorhaben zur „Unterstützung der Kommunalentwicklung“ (PN 2016.2026.9) erfolgen. Dieses Vorhaben wird in zwei Regionen die kommunale Entwicklung unterstützen und über zwei Netzwerke einen landesweiten Wissenstransfer gewährleisten. Im Kommunalentwicklungsvorhaben wird die allgemeine Leistungsfähigkeit von Kommunen gestärkt. Hier bieten sich Anknüpfungspunkte für eine Kooperation im Bereich Personenstandswesen, indem beispielsweise erfolgreiche Reformansätze auch horizontal über die kommunalen Netzwerke verbreitet werden.

Kooperationsmöglichkeiten bestehen gegebenenfalls mit dem TZ-Vorhaben „Gesundheitsprogramm/Kampf gegen die Müttersterblichkeit“ (PN 2013.2140.5), beispielsweise im Rahmen einer Zusammenarbeit mit Gesundheitszentren auf kommunaler Ebene, sofern es Überschneidungen bei der Auswahl der Pilotkommunen gibt. Weitere Kooperationsmöglichkeiten bieten sich mit dem in Vorbereitung befindlichen TZ-Vorhaben „Unterstützung der Ländlichen Entwicklung“ (PN 2013.2294.0) zur Sensibilisierung und Verbreitung von Informationen über den Nutzen der Registrierung der Personenstandsunterlagen.

Es existiert bisher noch kein von Partnerseite koordiniertes nationales Programm zur Modernisierung des Personenstandswesens im Sinne eines programmorientierten Ansatzes, in das sich

die TZ-Maßnahme einfügen könnte. Die Kriterien für einen programmbasierten Ansatz sind daher nicht erfüllt. Kennung: **PBA-0**

### **B.3.5 Gesamtkosten, Auftragswert, Partnerleistungen, Kombifinanzierung, Laufzeit/Zeitplan**

#### **B.3.5.1 Auftragswert**

5.000.000 EUR.

Im Auftragswert enthalten sind auch Kosten für die Teilnahme an Fachverbandsarbeit im Fachverbund „*Good Governance Africa*“ (GGA) mit dem Ziel, die für die Auftragsdurchführung erforderliche fachliche Qualität und das Wissensmanagement zu sichern.

#### **B.3.5.2 Partnerleistungen**

Die Partnerleistung besteht in der Bereitstellung von Büros in den entsprechenden Generaldirektionen des MINDEVEL bzw. BUNEC, der Übernahme von deren Betriebs- und Verwaltungskosten sowie in der Freistellung von Personal für Fortbildungen und andere Capacity Development Formate unter Fortzahlung des Gehalts. Zum jetzigen Zeitpunkt kann die Partnerleistung noch nicht genauer quantifiziert werden.

#### **B.3.5.3 Kombifinanzierungen**

Keine.

#### **B.3.5.4 Laufzeit**

Laufzeit von 10/2017 bis 09/2020 (3 Jahre)

### **B.3.6 Wirkungen und Risiken der TZ-Maßnahme**

#### **B.3.6.1 Gesamtwirtschaftliche, sozioökonomische, soziokulturelle, politische und ökologische Betrachtung**

**Gleichberechtigung der Geschlechter:** Das Familienrecht, welches für die Regelung der Rechte von Frauen von besonderer Bedeutung ist (zum Beispiel Regelung des Ehesfähigkeitsalters, Recht auf Unterhalt und Erbe), bietet ein Eingangstor für die Aufklärung über die mit der Ehebeurkundung verbundenen Rechte und Pflichten. Das Vorhaben fördert das Bewusstsein von Frauen über die Bedeutung von Personenstandsurkunden für ihre rechtliche Absicherung und die ihrer Kinder. Die personenstandsbezogene Wahrnehmung von Zivilrechten durch Frauen wird gestärkt und leistet einen relevanten Beitrag zur Gleichberechtigung der Geschlechter. Kommunale Verwaltungen werden befähigt, Frauen bessere Dienstleistungen des Personenstandswesens zu erbringen. Kennung **GG-1**

**Partizipative Entwicklung/gute Regierungsführung:** Die Umsetzung der Reformansätze führt zur Vereinfachung, Transparenz und Verfahrensmäßigkeit von Verwaltungsabläufen sowie zu einer kundenfreundlicheren Dienstleistungsorganisation und Gleichbehandlung der Bürger/-innen im Personenstandswesen. Gute Regierungsführung in einem strategischen öffentlichen Sektor ist das Hauptziel des Vorhabens. Das Vorhaben erhält die Kennung **PD/GG-2**.

**Reproduktiven-, Mütter-, Neugeborenen- und Kindergesundheit:** Das Vorhaben strebt eine Kooperation mit dem Gesundheitssektor an und trägt durch die Modernisierung des Personenstandswesens zur Schaffung von Voraussetzungen für die Erhebung und Verwertung von Daten für die Bevölkerungsstatistik bei. Dies beinhaltet langfristig die kontinuierliche und zeitnahe Erhebung von Daten für die Todesursachen- und Morbiditätsstatistik von Müttern und Kindern sowie die Erhebung von Daten für die Statistik zur Geburtenhäufigkeit. Das Vorhaben erhält die Kennung **RMNCH-1**.

**Armutsorientierung:** Armutsreduzierung ist ein wichtiges Nebenziel der Entwicklungsmaßnahme. Der Nachweis der rechtlichen Identität und die Inklusion marginalisierter Bevölkerungsgruppen in die Registrierung ermöglicht vor allem armen Bevölkerungsteilen einen verbesserten Zugang zum öffentlichen Dienstleistungsangebot (u.a. in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Soziale Sicherung, Mikrokredite, Landtitel), auf die diese Teile der Bevölkerung in größerem Maße als die Mittel- und Oberschicht angewiesen sind. Ihre Entwicklungs- und Teilhabemöglichkeiten steigen. Hierdurch werden darüber hinaus politische und soziokulturelle Entfaltungsmöglichkeiten und Fähigkeiten systematisch verbessert. Kennung **AO-1**.

**Menschenrechte:** Geburtenregistrierung ist ein Menschenrecht, welches in der VN-Kinderrechtskonvention verankert ist. Der Nachweis der rechtlichen Identität ermöglicht Bürger/innen die Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen und bietet Schutz vor Missbrauch.

#### B.3.6.2 Entwicklungspolitische Wirksamkeit auf Ebene der TZ-Maßnahme

**Relevanz:** Das Vorhaben ist im Einklang mit regionalen (APAI-CRVS) und nationalen Prioritäten (DSCE). Mit umfassenden und verlässlichen Bevölkerungsstatistiken und -analysen können Regierungen nationale Strategien und Dienstleistungen genauer planen, Prioritäten bedarfsgerecht setzen sowie regionale und lokale Unterschiede im Land bei der Politikplanung berücksichtigen. Die Stärkung ziviler Registrierungs- und Statistiksysteme ist daher für viele Sektoren relevant. Das Vorhaben orientiert sich an dem Positionspapier des BMZ „Verwaltungsreform in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ von 2002/046. Im Dezember 2015 hat der Entwicklungsausschuss des Bundestages dem Antrag „Bevölkerungsstatistiken verbessern – Zivile Registrierungssysteme stärken“ zugestimmt.

**Effektivität:** Mittels der drei Handlungsfelder kann das Programm einen systemischen Ansatz verfolgen, durch den parallel an der Verbesserung der Angebots- und Nachfrageseite des Personenstandswesens gearbeitet wird. Die Aktivitäten des Vorhabens werden gemeinsam mit dem Partner geplant und entsprechen den Prioritäten des MINDDEVEL. Die Kooperation mit der Zivilgesellschaft stellt die gesellschaftliche Akzeptanz der Maßnahme sicher.

**Effizienz:** Die Verwendung der Mittel konzentriert sich auf klar definierte, strukturbildende Veränderungen. Durch HCD-Maßnahmen werden Fach- und Führungskräfte als Multiplikator/innen geschult. Der Großteil der HCD-Maßnahmen findet vor Ort statt. Des Weiteren ist auf kommunaler Ebene die Nutzung von Synergien mit dem TZ-Vorhaben zur Unterstützung der Kommunalentwicklung vorgesehen, z.B. durch die gemeinsame Nutzung von Projektstrukturen.

**Impact:** Das Vorhaben zielt darauf ab, die Leistungsfähigkeit des Personenstandswesens zu erhöhen. Direkte Wirkungen auf lokaler Ebene werden durch die verbesserte Bereitstellung von Personenstandsurkunden für Bürgerinnen und Bürger in den Pilotregionen erzielt (insbesondere



Geburt, Ehe und Tod). Insgesamt trägt das Vorhaben dazu bei, die notwendigen Voraussetzungen für die landesweite Modernisierung des Personenstandswesens zu schaffen und somit das Ziel einer hundertprozentigen Registrierung von Geburten zu erreichen. Mit dem Schwerpunkt auf die Stärkung der rechtlichen Identität und Verbesserung der Qualität der Datenerhebung trägt das Vorhaben zu den Unterzielen 16.9 und 17.18 der Agenda 2030 bei.

**Nachhaltigkeit:** Das Vorhaben trägt insbesondere durch den Aufbau verbesserter institutioneller Kapazitäten der BUNEC dazu bei, dass die Voraussetzungen für die landesweite Verbreitung der Reform geschaffen werden, z.B. durch die Erarbeitung von Instrumenten und Modulen und entsprechender Budgetpläne für die Umsetzung der Reform. Das heißt zum Beispiel, dass kontinuierlich Mittel im Haushalt bereitgestellt werden müssen, um die den Datenabgleich oder die Ausbildung der zuständigen Beamten auf dem aktuellen Stand zu halten.

#### **B.3.6.3 Bewertung von Risiken**

##### **Gesamtrisiko für die Zielerreichung**

sehr hoch:      hoch: x      mittel:      gering:

##### **Beschreibung und Bewertung der einzelnen Risiken**

Ein allgemeines, nicht beeinflussbares Risiko besteht im aktuellen kamerunischen Kontext aufgrund des fortgeschrittenen Alters des Präsidenten und der Gefahr eines ungeordneten Regimewechsels und damit einhergehend in einer Verschiebung der politischen Prioritäten oder erschwerten Rahmenbedingungen für die Durchführung. Terroristische Anschläge durch Boko Haram im Norden und weitere Flüchtlingsströme aus den benachbarten Ländern könnten die politische und soziale Stabilität des Landes ebenfalls beeinträchtigen.

Des Weiteren bestehen folgende spezifische Risiken für das Vorhaben:

Der gegenwärtige rechtliche Rahmen legt die Grundlagen für eine Digitalisierung des Personenstandswesens nicht eindeutig fest, insbesondere im Hinblick auf die Rechtskräftigkeit digitaler Register schweigt sich das Recht bislang aus. Auch wenn die Digitalisierung im Gründungserlass für BUNEC als eine Hauptaufgabe erwähnt wird, stellt die Rechtslücke ein Risiko dar für die anvisierte digitale Erfassung und Verarbeitung von Personenstandsdaten. Sollte der Partner zur Einschätzung kommen, dass es einer Gesetzesänderung bedarf, besteht das Risiko einer enormen Verzögerung der Umsetzung der digitalen Ersterfassung, da sich gesetzgeberische Prozesse über Jahre hinziehen können.

Verschiedene Initiativen der Gebergemeinschaft sind noch in Vorbereitung, neue interessierte Geber treten auf den Plan. Die Reformdynamik aufgrund konkurrierender Geberinteressen, mangelnder Abstimmung und mangelnder Steuerungskapazitäten des MINDDEVEL könnten sich insgesamt negativ auf die Reformdynamik auswirken und die Zielerreichung gefährden.

Ein weiteres hohes Risiko stellen die schwachen Kapazitäten des BUNEC gekoppelt mit den möglicherweise überhöhten Erwartungen an eine neu gegründete Behörde dar. BUNEC hat auf dem Papier eine Schlüsselrolle bei der Modernisierung des Personenstandswesens auf nationaler Ebene. Sollte die Kapazitätsentwicklung ins Stocken geraten oder aufgrund anderer Prioritäten oder unterschiedlicher Geberstrategien wenig effektiv sein, kann dies die Zielerreichung

ebenfalls gefährden. Es besteht das Risiko, dass die Voraussetzungen für eine landesweite Verbreitung durch die Partnerstrukturen dann nicht geschaffen werden können.

Für die digitale Nacherfassung der Daten besteht das Risiko, dass sich der Prozess aufgrund des schlechten Zustands der Akten, deren mangelnder Kohärenz als sehr komplex und langwierig erweist und während der Laufzeit der Maßnahme über eine Pilotierung nicht hinauskommt. Hinsichtlich der Anschaffung komplexer Hard- und Softwaresysteme bildet das kamerunische Vergaberecht ein weiteres Risiko, dessen langwierige Prozesse zu deutlichen Verzögerungen führen können.

### **Beeinflussbarkeit der Risiken**

hoch:    mittel: x        gering:

### **Risikomindernde Maßnahmen**

Während die Beeinflussbarkeit der Sicherheitslage und des Vergabewesens gering sind, stehen dem Vorhaben durch seine direkte Unterstützung des **MINDDEVEL** und BUNEC hinsichtlich der Minderung der spezifischen Risiken hilfreiche Mechanismen zur Verfügung. Dazu zählt die Unterstützung eines strukturierten Dialogs auf nationaler Ebene, evidenzbasiert verschiedene strategische Optionen aufzuzeigen und so die Prioritätensetzung und Strategiebildung zu beeinflussen. Eine enge Abstimmung mit anderen Gebern und Durchführungsorganisationen trägt dazu bei, mögliche divergierende Maßnahmen oder Doppelfinanzierungen zu vermeiden. Die Clusterkoordination trägt explizit zur Risikominderung bei, weil diese Position eine systematische, vorhabenübergreifende Beratung des **MINDDEVEL** ermöglicht.

Das Vorhaben wirkt hinsichtlich der Kapazitätsentwicklung des BUNEC auf eine gemeinsame Strategie der Geber hin und wird sich auf die Umsetzung ausgewählter Indikatoren der Strategie konzentrieren. Fehlende fachliche Expertise kann übergangsweise durch externe Gutachter und Experten abgedeckt werden, gleichzeitig werden die Mitarbeiter/innen des BUNEC in die Maßnahmen auch auf lokaler Ebene eng eingebunden, um die *Ownership* zu gewährleisten.

Das Vorhaben erarbeitet gemeinsam mit relevanten Akteuren Empfehlungen für die Anpassung des rechtlichen Rahmens. Die Beratung zielt zunächst auf eine Neuregelung auf dem Niveau eines ministeriellen Dekrets. Auf dieser Ebene ist die Beeinflussbarkeit des Risikos hoch. Sollte ein Dekret nicht ausreichen, lässt sich das Risiko der Blockade auf technischer Ebene nicht beeinflussen. Parallel werden auf zivilgesellschaftlicher Ebene Vereinigungen und Initiativen unterstützt, die das Thema auch auf der Nachfrageseite stärken und damit zur Nachhaltigkeit beitragen.

Das durch den schlechten Zustand bedingte Risiko erheblicher Verzögerungen in der Entwicklung eines tragfähigen Systems für die Nacherfassung von bestehenden Personenstandsakten lässt sich durch die Pilotierung und die Kooperation mit erfahrenen Akteuren der Privatwirtschaft sowie über Erfahrungsaustausch mit anderen Ländern eingrenzen aber nicht vollkommen ausschließen.

In der Durchführung kommt ein verstärktes Sicherheits- und Risikomanagement zum Einsatz, und Sicherheitsvorkehrungen werden getroffen. Die entsprechenden anteiligen Kosten sind in der Kostenschätzung berücksichtigt.

### **B.3.7 Testat**

Die in den Länderkonzepten und Schwerpunktstrategiepapieren sowie in verbindlichen Sektor-konzepten und sektorübergreifenden Konzepten des BMZ enthaltenen einschlägigen Vorgaben wurden bei der Planung und werden bei der Durchführung der TZ-Maßnahme eingehalten. Wir sichern dem BMZ die Beachtung aller Vorgaben, konzeptionellen und fachlichen Standards zu und übernehmen die Verantwortung für die korrekte Durchführung der TZ-Maßnahme. Das BMZ kann deshalb davon ausgehen, dass es nicht mehr in jedem Einzelfall die Übereinstimmung der Konzeption der TZ-Maßnahme mit den Vorgaben selbst überprüfen muss.

### **Anlagen**

BMZ-/Auftrags.Nr.: 2017.2020.0	<b>Kostenschätzung</b>	<b>giz</b> Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Der Angebotsschätzpreis wurde nach den Vorschriften der VOPR 30/53 und den Leitsätzen für Preisermittlung bei öffentlichen Aufträgen (LPS) ermittelt. Der endgültige Preis wird nachkalkulatorisch festgelegt.		
		<b>EUR</b>
<b>1</b>	<b>Fachkräfteeinsatz<sup>1</sup></b>	3.088.860
<b>2</b>	<b>Sachgüter</b>	430.760
<b>3</b>	<b>Finanzierungen</b>	60.000
<b>4</b>	<b>HCD Formate<sup>2</sup></b>	165.000
<b>5</b>	<b>Sonstige Einzelkosten</b>	640.141
<b>6</b>	<b>Summe Einzelkosten</b>	4.384.761
<b>7</b>	<b>Gemeinkosten/Gewinn/Ust.</b>	615.239
<b>8</b>	<b>Angebotsschätzpreis</b>	5.000.000
Ist die GIZ nach Auffassung der zuständigen Finanzbehörde umsatzsteuerpflichtig, obwohl die Leistung nach Meinung der Gesellschaft nicht steuerbar war, oder wurde der berechnete Umsatzsteuersatz zu niedrig angesetzt, so ist die Gesellschaft zur Nachforderung berechtigt. Erstattete Umsatzsteuer wird dem BMZ zurückerstattet.		

Mittelabflussplan für die Phase von 9/2017 bis 6/2021			
Haushaltsjahr	Ausgaben (inkl. VGK, kalk. Gewinn und USt.)	Bisher bereit gestellte Auftragssumme *	Neu zur Verfügung gestellte Mittel
2017	9.196	9.196	
2018	557.554	557.554	
2019	1.633.250	1.633.250	
2020	1.800.000	1.800.000	
2021	1.000.000	1.000.000	
<b>Gesamt</b>	<b>5.000.000</b>	<b>5.000.000</b>	

- 1) Darin enthalten sind Langzeit-/Kurzzeitfachkräfte, Entwicklungshelfer/-innen, Integrierte und Rückkehrende Fachkräfte.
- 2) Bei den hier aufgeführten Kosten handelt es sich ausschließlich um teilnehmerbezogene Kosten. Weitere für HCD anfallende Kosten wie z.B. Personalkosten sind in den anderen Kostenzeilen enthalten.
- \*) Nach Ende bzw. Abbruch der Aufträge Nr.                    voraussichtlich nicht durch Kosten, kalk. Gewinn und Umsatzsteuer verbrauchter Teil (Rest) des jeweiligen Angebotsschätzpreises.
- \*) Mittel, die Jahr für Jahr bereitgestellt werden.



Bezeichnung der TZ-Maßnahme  
Modernisierung des Personenstandswesens

Projektnummer  
2017.2020.0

Land  
Kamerun

Wirkungsmatrix aktualisiert am  
18.01.2019

Zusammenfassung	Erfolgsindikatoren	Quellen der Überprüfbarkeit	Zentrale Annahmen/ Risiken
<b>Programmziel:</b> Wird im Rahmen der Länderstrategie definiert im Zuge der Neuorganisation des Schwerpunkts „Gute Regierungsführung und Dezentralisierung“			nicht auszufüllen!
<b>Modulziel (Outcome)</b> Das <b>Ministerium für Dezentralisierung und lokale Entwicklung</b> , die nationale Personenstandsbehörde und ausgewählte Kommunen sind in der Lage, die Umsetzung eines inklusiven und rechenpflichtigen Systems für Personenstandswesen und Bevölkerungsstatistik zu gewährleisten.	1. Die Strategie des <b>Ministeriums für Dezentralisierung und lokale Entwicklung, MINDDEVEL</b> , zur Ausgestaltung eines Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)-basierten Personenstandswesens und Bevölkerungsstatistik berücksichtigt die Prinzipien der a) Interoperabilität, des b) Datenschutzes / der Informationsfreiheit und der c) Inklusion / Gleichberechtigung.  Basiswert: 0 Zielwert: Strategie mit spezifizierten Inhalten und Empfehlungen	Dokumentation Prozessdesign und Protokolle und Ergebnisse der Workshops und Gesprächsrunden, entsprechende Abschnitte im Strategiedokument, Auswertung der Empfehlungen.	

Zusammenfassung	Erfolgsindikatoren	Quellen der Überprüfbarkeit	Zentrale Annahmen/ Risiken
	<p>2. x gendersensible Handreichungen und Instrumente sowie y Budgetpläne für die Umsetzung der Reform des Personenstandswesens und der Bevölkerungsstatistik wurden von der nationalen Personenstandsbehörde (BUNEC) zur Verbreitung abgenommen.</p> <p>Basiswert: 0 Zielwert: x Handreichungen und Instrumente und y Budgetpläne</p> <p>3. In n Pilotkommunen des Vorhabens hat sich die Anzahl der in den Registern erfassten Geburten von Kindern unter 5 Jahren, Ehen und Sterbefälle um durchschnittlich x%, y% bzw. z% gesteigert.</p> <p>Basiswert: a = Geburtenregistrierungsrate, b = Eheregistrierungsrate und c = Rate der Registrierung von Todesfällen in n Pilotkommunen. Zielwert: a + x% Geburten, b + y% Ehen, c + z% Sterbefälle, n Pilotkommunen</p> <p>4. In x Pilotkommunen des Vorhabens bestätigen durchschnittlich 60% von z befragten Bürgerinnen und Bürgern (Zielgruppen disaggregiert nach Geschlecht, Alter, Beruf), dass sich ihr Zugang zu</p>	<p>Dokumentation und Analyse der Handreichungen, Instrumente und Budgetpläne; Dokumentation der Abnahme durch BUNEC</p> <p>Analyse der Daten des BUNEC, der Geburten-, Ehe- und Sterberegister der Standesämter, unabhängige Stichprobenerhebung;</p> <p>Zufriedenheitsabfrage an den Servicestellen entlang definierter Kriterien (z.B. Information über beizubringende Dokumente, Zeit und Kosten), Repräsentative Stichprobe</p>	

Zusammenfassung	Erfolgsindikatoren	Quellen der Überprüfbarkeit	Zentrale Annahmen/ Risiken
	<p>Personenstandsurkunden vereinfacht hat.</p> <p>Basiswert: y% von z befragten Bürgerinnen und Bürger in x Pilotkommunen</p> <p>Zielwert: 60% von z befragten Bürgerinnen und Bürger in n Pilotkommunen</p> <p>Die Wertbestückung der Indikatoren erfolgt mit dem ersten Fortschrittsbericht</p>		
<p><b>Output</b></p> <p><b>Output A</b></p> <p>Die Kapazität von BUNEC zur Umsetzung eines rechenschaftspflichtigen Personenstandwesens und Bevölkerungsstatistik auf zentraler Ebene ist verbessert.</p>	<p>A.1 Bei 3 ausgewählten Indikatoren aus der Strategieplanung von BUNEC, die dessen Leistungsfähigkeit belegen, ist der Ist-Wert um x% gestiegen.</p> <p>Basiswert: 0, Zielwert: bei 3 Indikatoren Verbesserung um x%</p> <p>A.2 Bei 60% von x durch das Vorhaben geschulten Personen (sowohl BUNEC als auch die primären Dienststellen) hat sich das Wissen um die Anwendung neuer Aufsichtsverfahren zur Überprüfung von Dokumentenauthenzität um z Prozentpunkte verbessert.</p> <p>Basiswert: x Personen, y Testergebnis</p>	<p>Strategie-Dokument von BUNEC, Auswertung der Monitoring-Daten von BUNEC</p> <p>Auswertung der Ergebnisse von Vorher- und Nachher-Tests.</p>	<p>Annahmen:</p> <p>Innerhalb des gegebenen rechtlichen Rahmens können Pilotmaßnahmen zur Digitalisierung umgesetzt werden.</p> <p>Die grundlegende Reform und Digitalisierung des Personenstandwesens bleibt Priorität der kamerunischen Regierung.</p> <p>Die Erarbeitung einer nationalen Strategie für die Reform des Personenstandwesens, die über die gegenwärtige PRE2C (Programm zur Rehabilitierung des Personenstandwesens in Kamerun) hinausgeht, wird weiter verfolgt.</p>

Zusammenfassung	Erfolgsindikatoren	Quellen der Überprüfbarkeit	Zentrale Annahmen/ Risiken
	<p><b>Zielwert:</b> 60% von x Personen, y + z</p> <p>Die Wertbestückung der Indikatoren erfolgt mit dem ersten Projektfortschrittsbericht.</p>		<p>BUNEC baut mit Hilfe des Vorhabens und der Unterstützung anderer Geber seine operativen Kapazitäten weiter aus und stellt dafür die nötigen Eigenressourcen zur Verfügung (Personal).</p>
<p><b>Output B</b></p> <p>An lokale sozio-kulturelle Gegebenheiten angepasste Modelle für die Umsetzung eines modernisierten, inklusiven und rechenschaftspflichtigen Systems der Personenstandsregistrierung sind in ausgewählten Pilotkommunen getestet.</p>	<p>B.1 In n Pilotkommunen sind 3 neue Verwaltungsprozesse zur Verbesserung der primären, händischen Arbeitsabläufe bei der Ausgabe von a) Geburts- b) Ehe- und c) Sterbeurkunden dokumentiert.</p> <p><b>Basiswert:</b> 0 <b>Zielwert:</b> 3 Verfahren, je eines für a), b) und c) in n Pilotkommunen.</p> <p>B.2 Zwischen BUNEC und n Pilotkommunen wurden 2 Verfahren zu a) digitalen Archivierung bestehender Register auf zentraler Ebene b) IKT gestützte Verfahren für den Austausch von Personenstandsdaten zwischen Zentraler und Kommunalen Ebene eingeführt.</p> <p><b>Basiswert:</b> 0 <b>Zielwert:</b> 2 Verfahren zu a) und b) in n Pilotkommunen</p>	<p>Dokumentation der neuen Verwaltungsverfahren, M&amp;E System des Vorhabens.</p> <p>Dokumentation der Einführung der neuen Verfahren</p>	<p>Das Steuerungskomitee unter der Leitung des <b>Ministeriums für Dezentralisierung und lokale Entwicklung</b> ist in der Lage, die strategische und technische Gesamtkoordination zu übernehmen und Interessen zwischen verschiedenen Ministerien zur Ausgestaltung eines IKT-basierten Personenstandswesens auszugleichen.</p> <p>Geberkoordinierung und Harmonisierung findet statt.</p> <p>Risiken: Ein allgemeines, nicht beeinflussbares Risiko besteht im aktuellen kamerunischen Kontext aufgrund des fortgeschrittenen Alters des Präsidenten und der Gefahr eines ungeordneten Regimewechsels und damit einhergehend einer</p>



Zusammenfassung	Erfolgsindikatoren	Quellen der Überprüfbarkeit	Zentrale Annahmen/ Risiken
<p>Output C</p> <p>Voraussetzungen für den Aufbau eines Ausbildungssystems für das Personal im Personenstandswesen und Bevölkerungsstatistik sind geschaffen.</p>	<p>B.3 In n Pilotkommunen sind z Beispiele für eine bürgerfreundlichere Dienstleistungserbringung eingeführt.</p> <p>Basiswert: 0 Zielwert: z Beispiele in x Pilotkommunen (z.B. mobiles Bürgerbüro, Modernisierung der Archive und primären Servicestellen, Verbesserung des Kundenservice)</p> <p>C.1 Ein Plan für den Aufbau einer strategischen Aus- und Weiterbildung für Fach- und Leitungsstellen im Personenstandswesen ist von BUNEC erarbeitet.</p> <p>Basiswert: 0 Zielwert: 1 Plan</p> <p>C.2 Ein Pool, zusammengesetzt aus zwei Trainer/innen aus den einschlägigen nationalen Ausbildungsinstituten, ist zur Fortbildung von Mitarbeiter/innen in neuen Standards und Verfahren der Personenstandsregistrierung von BUNEC zertifiziert.</p> <p>Basiswert: 0 Zielwert: 1 Pool mit 2 Trainer/innen</p>	<p>Dokumentation der eingeführten neuen Dienstleistungen</p> <p>Auswertung des Planungsdokuments (Strategieplan)</p> <p>Nachweis über Durchführung des Training of Trainers, Vorher- und Nachher-Test, Zertifikate des BUNEC</p>	<p>Verschiebung der politischen Prioritäten oder erschweren Rahmenbedingungen für die Durchführung.</p> <p>Bei fehlender nationaler Steuerung und Strategie bleiben Reformansätze in Pilotkommunen isoliert und fragmentiert (keine Voraussetzungen für <i>up-scaling</i>).</p> <p>BUNEC kann nicht ausreichend schnell Kapazitäten aufbauen, um den erhöhten Anforderungen gerecht zu werden.</p> <p>Ein zu großer Fokus auf Ausbau von Infrastruktur für die Computerisierung seitens der kamerunischen Regierung als auch anderer Geber kann nachhaltige, strukturbildende Ansätze unterlaufen und somit weniger wirksam machen.</p> <p>Die Ausgestaltung des rechtlichen Rahmens kann sich verzögern, Digitalisierungsmaßnahmen können nicht umgesetzt werden, wenn der gegenwärtige Rechtsrahmen eng ausgelegt wird.</p>

Zusammenfassung	Erfolgsindikatoren	Quellen der Überprüfbarkeit	Zentrale Annahmen/ Risiken
<p>Output D</p> <p>Der zivilgesellschaftliche Dialog und die Sensibilisierung der Bevölkerung hinsichtlich der mit Personenstand verbundenen Zivilrechte und Registrierungspflichten sind verbessert.</p>	<p>C.3 Bei 60% der vom Vorhaben geschulten x Mitarbeiter/innen der <i>centre d'état civil</i> hat sich das Wissen zu neuen Verfahren um durchschnittlich z Prozentpunkte verbessert.</p> <p>Basiswert: Baseline Vorher-Test Zielwert: Verbesserung um durchschnittlich z Prozentpunkte bei 60% der x Geschulten.</p> <p>D.1 6 gendersensible Dialog- und Informationsveranstaltungen auf nationaler Ebene über die mit Personenstand verbundenen Zivilrechte sind durchgeführt.</p> <p>Basiswert: 0 Zielwert: 2 Veranstaltungen pro Jahr</p> <p>D.2 3 Sensibilisierungs- und Registrierungskampagnen für differenzierte Zielgruppen (Frauen, ethnische Minderheiten, arme Bevölkerungsschichten) sind in Kooperation zwischen Lokalverwaltung und Zivilgesellschaft durchgeführt.</p> <p>Basiswert: 0 Zielwert: 3 Kampagnen (1 pro Jahr)</p>	<p>Analyse der Ergebnisse von Vorher- und Nachher-Tests</p> <p>Auswertung der Dokumentation der Dialogveranstaltungen, Teilnehmerlisten, Publikationen und Informationsmaterial</p> <p>Auswertung der Dokumentation der Kampagnen, Informationsmaterial, Presseberichte, Anzahl neuer Registrierungsanträge</p>	

Zusammenfassung	Erfolgsindikatoren	Quellen der Überprüfbarkeit	Zentrale Annahmen/ Risiken
<b>(Wesentliche) Aktivitäten im Modul</b>  Aktivität A <ul style="list-style-type: none"> <li>- Beratung des BUNEC bei der Umsetzung seiner nationalen Strategie und eines Aktivitätenplans</li> <li>- Studienreise und Workshops</li> <li>- Aufbau einer Multi-Stakeholder-Plattform</li> <li>- Durchführung von Trainings und coaching zur Digitalisierung physischer Register</li> <li>- Definition von Kriterien für die Auswahl von Pilotkommunen</li> <li>- Erarbeitung eines Reformplans für Pilotkommunen und Autorisierung für Umsetzung</li> <li>- Erarbeitung von Kriterien und Verfahren zur Überprüfung der Authentizität von Dokumenten</li> </ul> Aktivität B <ul style="list-style-type: none"> <li>- Erhebungen zur Identifizierung von bereits bestehenden positiven Abweichungen (<i>positive deviance</i>) bei Verfahren der Personenstandsregistrierung</li> <li>- Erhebungen zur Identifizierung geeigneter Pilotkommunen, die den definierten Kriterien entsprechen</li> <li>- Aufbau von Kooperationsstrukturen mit Lokalverwaltungen der ausgewählten Pilotkommunen</li> </ul>	<i>nicht auszufüllen!</i>	<i>nicht auszufüllen!</i>	Annahmen: Partner auf nationaler- und sub-nationaler Ebene stellen ausreichend Personal zur Verfügung.  Der politische Träger und der Implementierungspartner BUNEC autorisieren das Vorhaben zur Pilotierung neuer Verfahren in den Pilotkommunen.

Zusammenfassung	Erfolgsindikatoren	Quellen der Überprüfbarkeit	Zentrale Annahmen/ Risiken
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Mapping von de-facto Verfahren und Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für Bürokratieabbau und Vereinfachung</li> <li>- Erarbeitung neuer, standardisierter, vereinfachter Verfahren</li> <li>- Einführung mobiler Service-Stellen</li> <li>- Durchführung von Registrierungskampagnen in Pilotregionen</li> </ul> <p>Aktivität C</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Erarbeitung eines Plans für den Aufbau einer strategischen Aus- und Weiterbildung für Fach- und Leitungspersonal</li> <li>- Erarbeitung von Lehrmodulen und Curricula für die Ausbildung von Personal im Personenstandswesen</li> <li>- Erarbeitung von Testverfahren</li> <li>- Durchführung von Schulungen</li> <li>- Aufbau eines Trainer-Pools</li> </ul> <p>Aktivität D</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Aufbau von Netzwerken mit Basisorganisationen in Pilotkommunen und Zivilgesellschaftliche Organisationen auf nationaler Ebene</li> <li>- Organisation von Dialogforen</li> <li>- Studien und Erhebungen über Informations- und Unterstützungsbedarfe besonderer Zielgruppen</li> <li>- Erarbeitung von Sensibilisierungsmaterialien zu Geburten-, Ehe-</li> </ul>			

<b>Zusammenfassung</b>	<b>Erfolgsindikatoren</b>	<b>Quellen der Überprüfbarkeit</b>	<b>Zentrale Annahmen/ Risiken</b>
/Scheidungs- und Sterberegistrierung - Durchführung von Sensibilisierungskampagnen.			